



Interview mit Christiane Lammers
Geschäftsführerin der
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Interview: Christoph Bongard



»Wir brauchen Friedenslogik statt Sicherheitslogik«

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) hat sich mit ihrer Stellungnahme zur Arbeit des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Bundestag und kritischer Auseinandersetzung mit Konzepten der Bundesregierung jüngst verstärkt politisch eingemischt. Hat das mit der aktuellen Bundesregierung zu tun, die mehr Anlass für Widerspruch und Auseinandersetzung gibt?

Christiane Lammers: Sie spielen vielleicht an auf die Vorstöße von Entwicklungsminister Niebel, die Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Afghanistan zur Abstimmung mit der Bundeswehr zu verpflichten, sofern sie Fördergelder aus einem bestimmten Budget in Anspruch nehmen. Dies hat unter vielen der betroffenen Organisationen und auch in der Plattform ZKB Protest ausgelöst. Die sehr an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete schwarz-gelbe Koalition befördert unter den NRO auch Ängste, für eine Politik instrumentalisiert zu werden, die die eigenen Anliegen untergräbt.

Und das sogenannte Konzept der vernetzten Sicherheit ...

CL: Auch dies ist ein Thema für uns. Für die Mitglieder der Plattform steht der Friedensbegriff im Zentrum, nicht der Sicherheitsbegriff. Friedenslogik statt Sicherheitslogik war das Thema unserer diesjährigen Jahrestagung. Zu Frieden zählt natürlich auch Sicherheit, insbesondere menschliche Sicherheit, aber eben in einer Zuordnung zum Frieden und nicht als synonyme Begriff.

Die Förderung des Zivilen Friedensdienstes stagniert unter Schwarz-Gelb. Beobachten Sie ähnliche Tendenzen für die Förderung ziviler Konfliktbearbeitung insgesamt?

CL: Schon zu Zeiten der Großen Koalition verstärkte sich der Eindruck,

dass wir politisch auf der Stelle treten. Dies hat nicht unmittelbar mit einer veränderten Förderpolitik zu tun. Nach acht bis zehn Jahren Projektförderung für zivile Konfliktbearbeitung stellen sich grundsätzliche Fragen neu. Wir müssen feststellen, dass wir vielen der anfänglichen, weitreichenden Ziele – mit ziviler Konfliktbearbeitung und entsprechender Krisenprävention letztlich militärgestützte Politik überflüssig zu machen – nicht viel näher gekommen sind.

Positiv bleibt festzuhalten, dass wir heute über ein viel breiteres praxiserprobtes Wissen in ziviler Konfliktbearbeitung verfügen. Es gibt eine nennenswerte Anzahl von Menschen mit hoher Kompetenz und Praxiserfahrung in Konfliktländern. Insofern haben wir den Ausbau der Projektförderung im letzten Jahrzehnt gut genutzt.

Wir denken heute in der Plattform ZKB wieder intensiver darüber nach, welche Strukturen sich verändern müssen, um Politik insgesamt stärker an Prinzipien ziviler Konfliktbearbeitung auszurichten.

Ist der neue Unterausschuss für zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit dafür ein geeigneter Ort?

CL: Seine Einsetzung ist auf jeden Fall ein großer Fortschritt. Zum ersten Mal haben wir Ansprechpersonen in allen Fraktionen, die qua Amt angesprochen werden können. Das große Interesse von zivilgesellschaftlichen Akteuren an den öffentlichen Sitzungen des Ausschusses wird vonseiten der Abgeordneten deutlich wahrgenommen. Für sie ist es neu zu sehen, dass zivile Krisenprävention ein Politikfeld ist, für das es ein öffentliches Interesse gibt.

Das Parlament ist nun im Grunde auch erstmals in der Lage, im Feld der zivilen Krisenprävention seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Das ist ge-

rade jetzt, wo wir auf Regierungsseite eher Stillstand statt dynamische Entwicklung wahrnehmen, sehr wichtig.

Welche Initiativen sollte der Unterausschuss ergreifen?

CL: Wir brauchen zum Beispiel Evaluationen, umfassende Auswertungen, von Auslandsmissionen, sowohl den militärischen Anteil wie auch den zivilen Anteil betreffend. Das haben wir dem Unterausschuss so empfohlen. Man sollte mit einem Fall beginnen, der politisch nicht so umstritten ist, damit sich eine Evaluationskultur entwickeln kann und der Ansatz nicht gleich dem Parteienstreit zum Opfer fällt. Die Mission in Banda Aceh in Indonesien etwa wäre geeignet.

Viele der aktuellen Empfehlungen im ersten Zwischenbericht des Unterausschusses selbst begründen einen steigenden Finanzbedarf für zivile Krisenprävention. Ohne eine Erhöhung der Mittel ist weder der notwendige Aufwuchs beim Personal für zivile Auslandsmissionen erreichbar noch eine Stärkung angemessener Strukturen oder die Einbindung der Expertise der Zivilgesellschaft. Insofern erhoffen wir uns, dass sich durch den Unterausschuss, aber auch mittelbar den Auswärtigen Ausschuss und die Unterstützung anderer Ausschüsse die politische Diskussion verändert: Denn nach wie vor mangelt es an politischem Willen zu einem kohärenten und deutlichen »Vorrang für zivil«.

Was steht einer konsequenten Friedenspolitik im Wege?

CL: Zivile Konfliktbearbeitung braucht nicht nur im Bundestag, sondern natürlich auch in den Ministerien eine klare Verankerung. Die Einsetzung des Unterausschusses im Bundestag kann deshalb nur ein Anfang sein. Friedens- statt Sicherheitslogik konsequent politisch umzusetzen, kommt einem Paradigmenwechsel gleich. Dafür braucht es andere Strukturen, Personen, die qua Rolle und Verantwortlichkeit Frieden ins Zentrum ihres Handelns stellen.

Ohne eine stärkere Öffentlichkeit bleibt Friedensarbeit eine »private« Angelegenheit und Friedenspolitik ein Spielball diverser politischer Interessen. Darum brauchen wir auch Akteurinnen und Akteure, die friedenspolitische Fragen wieder zu einem breiten gesellschaftlichen Anliegen machen. Dabei hoffe ich auch auf das Engagement des forumZFD und seiner Mitglieder.

Frau Lammers, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Frieden braucht Fachleute 1/2012
Hg.: Forum Ziviler Friedensdienst

20 Millionen mehr vom Militär!



Warum vom Militär?

Statt in die zivile Prävention zu investieren, gibt die Bundesrepublik ein Vielfaches für militärische Reaktion auf Krisen und Konflikte aus. Dieses Missverhältnis muss endlich durchbrochen werden.

Warum 20 Millionen?

Mit 20 Millionen Euro im Jahr können weitere 200 Fachkräfte im Programm des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) eingesetzt werden. 20 Millionen entsprechen 0,06% des Verteidigungsetats.

Wussten Sie schon, dass ...?

- ein einziger Eurofighter in nur 250 Flugstunden 20 Millionen Euro verbrennt;
- der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan pro Woche 20 Millionen Euro kostet;
- die Bundesregierung im Jahr 2010 insgesamt 1136 Millionen Euro für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgegeben hat.

Weitere Informationen:

Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
Telefon: 02 21 91 27 32-0
kontakt@20millionen-mehr-vom-militaer.de



www.20millionen-mehr-vom-militaer.de

KAMPAGNE FÜR DEN AUSBAU DES ZFD

Erfolgreiche Anzeigenaktion

Die obige Anzeige erschien am 17. April – dem Globalen Aktionstag gegen Militärausgaben – im Politikressort der tageszeitung (taz) und in der Zeitschrift Publik Forum. Vor Ostern waren die bisherigen Unterzeichner der Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär« gebeten worden, die Schaltung der Anzeigen mit Spenden zu finanzieren. Bis zum 16. April sind mehr als 8.000 Euro Spenden für die Anzeigenaktion eingegangen.

Die passenden Türanhänger mussten wir aufgrund der zahlreichen Nachbestellungen bereits wenige Tage nach dem Versand nachdrucken. Senden Sie Ihre Fotos vom Einsatz der Türanhänger gerne an das forumZFD.

Ansprechpartner für die Kampagne:

Christoph Bongard, Tel: 02 21 91 27 32 31
bongard@forumZFD.de

Unterstützen auch Sie die Kampagne!

Spendenkonto: 8 240 101
Bank für Sozialwirtschaft (BLZ: 370 205 00)



Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die **Plattform Zivile Konfliktbearbeitung** ist das Netzwerk von 190 Organisationen und Einzelpersonen aus der praktischen Friedensarbeit im In- und Ausland und der Wissenschaft. Sie fördert Vernetzung und Austausch in der Zivilgesellschaft und leistet politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für zivile Konfliktbearbeitung. Das forumZFD ist Mitglied der Plattform ZKB. Der Bundestagsunterausschuss »Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit« hat im Februar 2012 eine Zwischenbilanz seiner zweijährigen Arbeit vorgelegt. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) war Thema von zwei öffentlichen Anhörungen des Ausschusses. Zuletzt wurde im Februar 2012 die Evaluierung des ZFD diskutiert. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung veröffentlichte eine ausführliche Stellungnahme zur Arbeit des Unterausschusses.

► www.konfliktbearbeitung.net

IMPRESSUM

Frieden braucht Fachleute – Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e.V. –
Ausgabe 1/2012. ISSN 1612-6858.

Die Abgabe der Zeitung ist kostenfrei. *Frieden braucht Fachleute* erscheint vierteljährlich und wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) e.V.

Am Kölner Brett 8 ■ 50825 Köln ■ Tel: 02 21 91 27 32-0 ■ kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Redaktion: Christoph Bongard, Mareike Junge, André Madaus, Thomas Meinhardt, Heinz Wagner (verantw.).

Verlag, Entwurf und Gestaltung: meinhardt, Verlag und Agentur ■ Magdeburgstraße 11
65510 Idstein ■ www.meinhardt.info

Druck: CW Niemeyer, Hameln

Spendenkonto: Kto-Nr.: 82 40 101 ■ BLZ 370 205 00 ■ Bank für Sozialwirtschaft